



Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg

Beschlussvorlage

Drucksachen Nr.: BV/VIII/0087 Beschlussdatum: 13.11.2024
Beschluss-Nr.: STV 3/19/2024

Gegenstand: Genderverbot in Neubrandenburg

Behandlung: öffentlich

Einreicher: Ratsherr Tim Großmüller

Beratung	Sitzungs- datum	Abstimmungsergebnis				Bemerkungen
		Ja	Nein	Enth.	Bef.	
Stadtvertretung	13.11.2024					mehrheitlich abgelehnt

Neubrandenburg, 30.10.2024

gez. Tim Großmüller
Ratsherr

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg fasst gemäß §22 Abs.2 folgenden Beschluss:

Wir beantragen das sofortige Verbot der Gendersprache in Neubrandenburg.

Der Oberbürgermeister wird angewiesen die Initiative des Kultusministeriums und des Rates für deutsche Rechtschreibung zu unterstützen, die deutsche Sprache zu fördern und das Genderverbot in der Verwaltung, in der öffentlichen Kommunikation, in allen Bereichen des öffentlichen Lebens in unserer Stadt Neubrandenburg zu verbieten.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Klimarelevanz:

- Auswirkungen auf den Klimaschutz
- ja, positiv*
- ja, negativ*
- nein

*Erläuterung:

Begründung:

Wir folgen damit dem Beispiel der Bundesländer Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen und Schleswig Holstein, die dies bereits verordnet oder angekündigt haben.

„Im Juli 2023 wurde das Verbot erweitert: Gendern ist in der schriftlichen Kommunikation für die Verwaltung, Schule, aber auch für Vereine, Stiftungen und Verbände, mit denen das Kultusministerium gemeinsam nach außen auftritt, verboten.“ (Quelle Google)

Der Rat für deutsche Rechtschreibung lehnt es weiter ab, den Genderstern oder andere geschlechtergerechte Sprachzeichen in das amtliche Regelwerk aufzunehmen. Das geht nach Angaben der Nachrichtenagentur KNA aus einem mehrheitlich beschlossenen Papier des Expertengremiums hervor. Nach Angaben aus Teilnehmerkreisen heißt es darin: "[Sonderzeichen innerhalb von Wörtern](#) beeinträchtigen die Verständlichkeit, die Lesbarkeit, die Vorlesbarkeit und die automatische Übersetzbarkeit". Auch die "Eindeutigkeit und Rechtssicherheit von Begriffen und Texten" sieht der Rat gefährdet. (Quelle: Zeit Online)
Unsere deutsche Sprache ist klar und deutlich. Wir brauchen so eine Verunstaltung nicht.